

Thränhardt, Dietrich; Bommes, Michael (Hrsg.): *National Paradigms of Migration Research*. Göttingen: V&R unipress 2010. ISBN: 978-3-89971-223-0; 325 S.

Rezensiert von: Michael G. Esch, GWZO Leipzig

Trotz aller Internationalisierungsversuche und bi- und multilateralen Abkommen – und trotz aller Transnationalität des Migrationsgeschehens selbst – ist Migrationspolitik nach wie vor eine Domäne des Nationalstaates und wird Migrationsforschung meist mehr oder weniger ausschließlich bezogen auf nationale Container betrieben. Der 2010 von Dietrich Thränhardt und dem im gleichen Jahr früh verstorbenen Michael Bommes herausgegebene Sammelband widmet sich diesem Phänomen und versteht sich als Zwischenergebnis einer kollektiven Reflexion über die nationale Bedingtheit und Kontextualisierung von Migrationsforschung. Gleichzeitig will er Material zusammenstellen, das zur Überwindung von Verständnisbarrieren im internationalen Forschungsdialog beitragen soll.

In ihrem ausführlichen Vorwort stellen die Herausgeber die Umriss eines „generalisierten Modells“ zur Erklärung paradigmatischer Prägungen und Umbrüche (im Sinne Kuhns) vor, wobei das Hauptaugenmerk auf der Soziologie, Politologie und Sozialtheorie liegt: Im Prinzip geht es ihnen darum, die bereits ältere Einsicht zu systematisieren, dass Inhalte und Paradigmen der Migrationsforschung in hohem Maße davon geprägt sind, wie die Staaten, in denen die Forschung betrieben wird, hinsichtlich des politisch-gesellschaftlichen Modells beschaffen sind, wie in ihnen die Staatsnation definiert wird und mit welchen konkreten Migrationsphänomenen (Siedlereinwanderung in den USA und Kanada; postkoloniale Einwanderung in Großbritannien und den Niederlanden; Aussiedler, dann Arbeitsmigranten in Deutschland usw.) sie historisch und aktuell zu tun hatten. Hilfreich ist dabei die Einsicht, dass das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik dabei nicht eines der (gegenseitigen oder asymmetrischen) Abhängigkeit sei, sondern eines der Interdependenz: Im

Zusammenspiel zwischen politischem Gestaltungswillen und wissenschaftlichem Erkenntniswunsch werden Gegenstände politischer Debatten und akademischer Forschungstätigkeit überhaupt erst konstruiert.

Insofern als Migrationsforschung aktuell drängende Fragen sozialer Integration und Kohäsion behandelt, sehen sie sie – was für die Soziologie bzw. Sozialwissenschaften durchaus überzeugend ist, für die Geschichtswissenschaft hingegen nicht ohne weiteres gilt – als Musterbeispiel einer Wissenschaft, die ständig auf ihre eigene soziale Relevanz verweisen müsse und daher auch missbraucht werden kann (S. 31). Die Herausgeber plädieren dafür, sozialwissenschaftliche Migrationsforschung als „hidden reflexive theory of the political system“ zu erkennen (S. 32f.) – nicht zuletzt weil sie ihre Gegenstände daraus gewinne, wie die jeweiligen Nationalstaaten Migration konzeptualisieren. So, wie hieraus ihre Vielfalt resultiere, werde verdeckt, dass das grundsätzliche Thema – Integration und Ungleichheit und die Notwendigkeit des politischen Umgangs mit diesen – in allen Fällen das gleiche sei. Sowohl hier als auch in vielen Beiträgen unterbleibt jedoch eine kategoriale Unterscheidung zwischen utilitaristischen Auftragsarbeiten und theoretisch orientierter „reiner“ Forschung, zudem bleiben Arbeiten weitgehend außen vor, denen es um eine sehr grundsätzliche Kritik politischer und sozialer Systeme sowie der politischen Steuerungsansprüche zu tun ist.¹

Der Sammelband ist sicherlich etwas kohärenter als man dies von Konferenzbänden gewohnt ist. Zugriff, Qualität und Umfang (zwischen 8 und 60 Seiten) sowie das Maß und die inhaltliche Tiefe, in denen die einzelnen Beiträge die Agenda des Vorhabens aufnehmen und ausführen, sind gleichwohl höchst unterschiedlich. Zum Teil tut dies dem Band gut,

¹ Dies wären etwa im deutschsprachigen Kontext Arbeiten wie Kien Nghi Ha, *Ethnizität und Migration. Kulturelle Identität, Differenz und Hybridität im postkolonialen Diskurs*, Münster 1999; Vassilis Tsianos u.a., *Escape Routes. Control and Subversion in the 21. Century*, London 2008; Manuela Bojadzjev, *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*, Münster 2009, in Frankreich Yann Moulier Boutang, *De l'esclavage au salariat. Economie historique du salariat bridé*, Paris 1998.

da nicht in jedem Text der gleiche Fragenkatalog abgearbeitet wird. Zudem ist die Möglichkeit der persönlichen Auffassung des gemeinsamen Themas da erfrischend und weiterführend, wo (etwa in der Diskursanalyse von Prins oder in der Eurozentrismus-Kritik van den Booms) Aspekte, die im Modell der Herausgeber nicht oder unzureichend berücksichtigt sind, im Zentrum stehen. Problematisch ist, dass einige Beiträge, etwa die von Bommes, Perching oder Naujoks, sehr genau dem Programm der Herausgeber folgen und eine systematische Analyse des Zusammenhangs zwischen Nationskonstrukt, politischen Agenden und Forschung versuchen, während etwa die von keinerlei Nachweisen belasteten Texte von Perching über Österreich, Iglicka über Polen, Kibe/Thränhardt über Japan und van den Boom über Nigeria einem eher essayistischen Duktus folgen. Gerade diese kurzen Texte erscheinen mitunter eher als allgemeine Einführungen in die nationale Geschichte der Migrationen und ihrer Verarbeitung in Politik und Öffentlichkeit denn als Auseinandersetzungen mit dem ambitionierten Programm der Herausgeber. Noch bedauerlicher ist, dass einige Beiträge lediglich sehr politik- und anwendungsnahe Disziplinen – Politikologie und Rechtswissenschaften sowie Demographie – in den Blick nehmen, was an einigen Stellen zu falschen Feststellungen führt.

Der Band ist in einer Weise gegliedert, die den vorausgesetzten Zusammenhang zwischen der Art der Konstruktion von Nation und der Art, wie Integration und Ungleichheit thematisiert werde und bewerkstelligt werden sollen, widerspiegelt: Beiträge über Kanada (Schmidtke) und Australien (Baringhorst) sollen nachzeichnen, wie in den „traditionellen Einwandererländern“ Kanada und Australien Einwanderung als integraler Bestandteil des Konstrukts Nation aufgefasst und bearbeitet wird. Was zunächst auf der Hand zu liegen scheint ist jedoch so selbstverständlich nicht: Bei beiden wird deutlich, dass die Entwicklung bzw. Übernahme des Konzepts Multikulturalismus von der Auseinandersetzung mit einheimischen Minderheiten – die in diesem Falle die eigentliche Bevölkerung vor der Ansiedlung der Weißen war – und deren später Anerkennung

ausging – und nicht einem Willen zur Anerkennung und Integration neuer Zuwanderer. Der fundamentale kognitive Unterschied zwischen Kanada und Europa, den Schmidtke unter weitgehender Missachtung der europäischen Migrationsforschung behauptet, ist bereits vor diesem Hintergrund, mehr noch aber nach einem Blick auf die Minderheiten- und Migrationsgeschichte Frankreichs oder Österreich-(Ungarn)s äußerst fragwürdig.

Die vier Beiträge des zweiten Teils behandeln mit den Niederlanden (Prins), Großbritannien (Schönwälder), Deutschland (Bommes) und Österreich (Perching) „alte“ Nationalstaaten, bei denen die Aufgabe von Politik und Forschung darin bestehe, MigrantInnen in bereits konsolidierte Nationen zu integrieren. Die Auswahl der Beispiele ist dabei so heterogen, dass die Sinnhaftigkeit dieser Kategorisierung zumindest angezweifelt werden kann: Prins und Schönwälder zeigen bzw. deuten an, wie die spezifische postkoloniale Einwanderung der ehemaligen Kolonialmächte zu einer völlig anderen Auffassung des Aufenthaltsrechts von und des Umgangs mit MigrantInnen führt als dies in Österreich der Fall ist. Interessant könnte der hier nicht geleistete systematische Vergleich der postkolonialen Migration mit der von Bommes beschriebenen Integration der deutschen² Vertriebenen und Zwangsumsiedler nach 1945 sein: In beiden Fällen handelte es sich um privilegierte Migration mit Unterschieden hinsichtlich einer als „rassisch“ konstruierbaren Fremdheit, die aber teilweise ähnliche Integrationsbarrieren zu überwinden hatten und teilweise ähnliche Ansprüche auf Anerkennung formulierten. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit hier tatsächlich von *alten* Nationalstaaten die Rede sein kann: Das Deutsche Reich datiert von 1871, Österreich entstand 1918 (wie Perching durchaus erwähnt) aus den Überresten eines multiethnischen Imperiums. Es fehlt ein Beitrag zu Frankreich, in dem diese idealtypische Kategorisierung der Nationalstaaten differenziert werden könnte: Migrationsgeschichtlich und hinsichtlich des Nationskonzepts gibt es im späten 19. Jahr-

² Der Beitrag von Bommes krankt daran, dass der Autor Deutschland hier mit der Bundesrepublik gleichsetzt: Der durchaus andere Umgang mit den „Neusiedlern“ und lateinamerikanischen oder vietnamesischen MigrantInnen wird nicht einmal erwähnt.

hundert gewisse Parallelen zu den „traditionellen Einwanderungsländern“, hinsichtlich der Dekolonisierung ist Frankreich mit Großbritannien und den Niederlanden vergleichbar, und zweifellos gehört Frankreich zu den „alten“ Nationalstaaten.

Der dritte Abschnitt besteht aus Beiträgen zu Italien (Caponio), Japan (Kibe/Thränhardt) und Polen (Igllicka). Ersteres und letzteres werden als ehemalige Auswanderungsländer vorgestellt, die in den letzten Jahrzehnten zunehmend zu Zielländern von Migration geworden sind, Polen zudem als „Transformationsland“ mit seit 1989 neu einsetzender Migrationsgeschichte (was analog auch für die beiden bzw. den vereinigten deutschen Staat gilt). Es ist daher wenig verwunderlich, dass für beide Länder eine anfängliche Hegemonie der Diasporaforschung festgestellt wird. Zumindest für den polnischen Fall geschieht dies allerdings in unzureichender Weise: Die Auswanderung aus Polen bzw. den reklamierten polnischen Gebieten war seit etwa 1900 Gegenstand demographischer und wirtschaftswissenschaftlicher Forschung, die sich als Teil der nationalen Meistererzählung in der Zeit der Volksrepublik fortsetzte – und nicht erst seit Ende der 1980er Jahre. Hinzu kam bis 1953 und ab 1974 eine multidisziplinäre Integrationsforschung, die sich (ähnliche wie in der BRD) mit den sozialen Folgen der staatlich verursachten Bevölkerungsverschiebungen befasste, nach 1989 aber nicht mehr rezipiert wurde.³ Der Fall Japan ist insofern interessant, als er vom hegemonialen us-amerikanischen Modell des untrennbaren Junktims zwischen liberalem Staat und liberaler Einwanderungspolitik abweicht.

Der letzte Teil behandelt mit Indien (Naujoks), Malaysia (Wong) und Nigeria (van den Boom) „neue“ Nationalstaaten – also solche, die noch mit ihrer Konstruktion als kulturelle Nationen beschäftigt seien. Zumindest der Beitrag zu Indien würde insofern zu Italien und Polen (sowie Deutschland) passen, als öffentliche Diskurse und Forschung sich zunächst einmal der Auswanderung aus den jeweiligen Ländern und ihrer sich wandelnden Bewertung zugewandt haben. Gerade an diesem Beitrag, der zeigt, wie die Diasporaforschung Auswanderer zunächst und im Rah-

men der Autarkiepolitik als Verräter, dann nach der Liberalisierung der Wirtschaft als willkommene Ressource und damit immer als Problem oder Nutzen für die Nationalökonomie betrachtet, ist bedauerlich, dass die für die internationale Migrationsforschung nicht unbedeutenden *subaltern studies* unerwähnt bleiben. Die Eingrenzung dieses Abschnitts und die Art der Behandlung bergen zudem die Gefahr der Essentialisierung des Nationalstaates als unabwendbarer oder wünschenswerter Entwicklung. So spricht Wong in ihrem Beitrag über Malaysia mehrfach davon, Politik und Forschung krankten daran, dass das Land ein „unvollendeter Nationalstaat“ sei, was in ihrem Verständnis bedeutet, dass die *politische* Nation der Malaysier nicht durch eine gemeinsame *Kultur*, *Sprache* und *Religion* konsolidiert sei (S. 302f.; S. 305; S. 311). Für Nigeria erklärt van den Boom den Mangel an einheimischer Migrationsforschung trotz des äußerst umfangreichen Migrationsgeschehens eben damit erklärt, Nigeria sei im Kern ein „schwacher“ Staat, der noch zu stark mit den Umrissen der Konstruktion einer politisch-kulturellen Nation beschäftigt sei, um sich mit derlei Beschäftigten zu können (S. 317; S. 321).

Gemessen an dem Programm, das auf den ersten 30 Seiten des Bandes aufgemacht wird, sind einige der Beiträge eher enttäuschend. Vor allem aber ist bedauerlich, dass es keinen Text gibt, der die Schlüsse zöge, die sich aus den einzelnen Beiträgen (ihren Vorzügen und Mängeln) für das eingangs formulierte Programm ergeben. Tatsächlich ergeben sich aus der Lektüre durchaus weiterführende Feststellungen und Fragen: Sowohl die Herausgeber als auch einige AutorInnen betonen, dass die ForscherInnen, die sich dem Themenfeld Migration zuwenden, selbst Akteure auf dem von ihnen untersuchen Feld sind. Daraus lässt sich eine Forderung nach Selbstreflexivität der Forschung ableiten, wie sie ansatzweise von zwei der drei Autorinnen (Prins und Wong) auch angedeutet wird. Dabei sind aber verschiedene Felder bzw. Diskursformationen gleichzeitig zu betrachten: Die impliziten und expliziten Inhalte, die in politiknaher

³Hinweise hierzu in Michael G. Esch, „Gesunde Verhältnisse“. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik 1939-1950, Marburg 1997.

Forschung transportiert werden, in ihrem Verhältnis zu aktuellen politischen Agenden und Konzeptionen der Konstruktion des Nationalen einerseits, öffentlich-medialen Repräsentationen von Migration andererseits; die sozialtheoretische Forschung in ihrer Positionierung gegenüber den herrschenden Verhältnissen und der persönlichen Positionierung der Forschenden; die beabsichtigten und unbeabsichtigten diskursiven, kategorialen, epistemischen Wirkungen der Arbeiten einer Migrationsforschung, die sich unmittelbar als kritische Intervention in herrschende Praktiken und hegemoniale Diskurse versteht.

Spannend wird der Sammelband da, wo direkte Vergleichsmöglichkeiten aufscheinen, die erst noch vertieft und systematisiert werden müssten: So erklärt Schmidtko den Erfolg des Multikulturalismus letztlich aus kanadischen Traditionen des Bilingualismus, den erfolgreichen Anerkennungskämpfen der indigenen und Teilen der eingewanderten Bevölkerungen, mithin also mit der kanadischen Migrationsgeschichte. Dagegen zeigt Baringhorst, dass der Erfolg des Multikulturalismus in Australien nicht an eine tatsächlich multikulturelle Realität gebunden war: Hier war die Bevölkerung bis in die Mitte der 1990er Jahre ganz überwiegend britisch angelsächsisch oder keltisch, der Multikulturalismus entstand daher einerseits in der australischen Politik, andererseits in der nationalen Meisterzählung. Wichtig ist daher auch Baringhorsts Hinweis, dass australischer Multikulturalismus zunächst etwas völlig anderes gewesen sei als amerikanischer, was aber eine Übernahme kanadischer politischer Konzepte in Westaustralien 2005 nicht behinderte. Hinzu kommen der (im Aufsatz Schmidtkos auf eigenartigste Weise übersehene) Transfer des Konzepts/Paradigmas Multikulturalismus in fast alle untersuchten Länder – einschließlich (wie im Beitrag unerwähnt bleibt) Indiens⁴ und möglicherweise auch Malaysias, das als multikulturelle Nation *avant la lettre* erscheint – und das Aufkommen einer Debatte über transnationale Staatsbürgerschaft im bis dahin migrationsdiskursiv eher „rückständigen“ Österreich. Der Umstand, dass die konkrete Bedeutung des Konzepts an die jeweiligen politischen und sozioökonomischen Kontexte angepasst werden

kann, führt zu der Frage, inwiefern es sich nicht bereits um einen Bestandteil hegemonialer Diskurse in dem Sinne handelt, das sich als multikulturell darstellen muss, was in öffentlichen Debatten überhaupt repräsentiert und diskutiert werden kann. Dabei werden die je hegemonialen Kategorien und Modelle offensichtlich national spezifisch angeeignet und verwendet. Dann ist aber zu klären, wie und durch wen solche Transfers eigentlich vorgenommen werden (Bommes und Caponio (über Italien) etwa beschränken sich auf die Feststellung, es handle sich um eine jüngere, stärker internationalisierte Generation) und wann diese Transfers in den öffentlich-politischen Mainstream übernommen werden: Wo ist dies der eingangs festgestellten us-amerikanischen Hegemonie, wo einer (Teil)Hegemonie sozialer Bewegungen geschuldet, die diese Konzepte vertreten oder sich an ihnen mobilisiert haben, wo entspricht es dem Wunsch nach internationaler Anerkennung durch wissenschaftliche und/oder politische Eliten, und wo der unmittelbaren Suche nach erfolgversprechenden Modellen und Rezepten für die Bewältigung der „eigenen“ Migrationsphänomene?

Ein Ziel des Vorhabens von Thränhardt und Bommes – ein gegenseitiges Verstehen förderndes Material zu liefern für eine Transnationalisierung der Forschung und Debatte über Migration – erweist sich in zweierlei Hinsicht als verfehlt: Für die meisten Länder, in denen eine intensive wissenschaftliche Beschäftigung mit Migration stattfindet, ist es bereits erreicht, da die migrationstheoretische Wissensproduktion in weiten Teilen bei aller nationalen Prägung bereits transnational ist. Da wo dies nicht oder nicht in gleichem Umfang der Fall ist – also außerhalb West- und Mitteleuropas und Nordamerikas – bleibt das Material zu knapp und zu staatszentriert. Die vorliegenden Beiträge liefern zudem gute Argumente dafür, dass Transnationalisierung hier in erster Linie eine paradigmatische Hegemonie der alten Ersten und Zweiten Welt bedeutet und insofern nicht einen Wert an sich darstellen kann. Sie liefern auch

⁴ Siehe vor allem Ranabir Samaddar, *Marginal Nation. Trans-Border Migration between Bangladesh and India*, New Delhi 1999; ders. (Hg.), *Politics of Autonomy*, New Delhi 2005.

– mit allen Schwächen und Stärken – Argumente und Kategorien für eine solche intensive Bearbeitung des Feldes, wie sie die Herausgeber in ihrer Einleitung abgesteckt haben. Allerdings müsste das angestrebte Modell alle maßgeblichen beteiligten Fachdisziplinen (insbesondere die hier weitgehend vernachlässigte Geschichtswissenschaft) sowie dissidente bzw. militante wissenschaftliche Positionierungen einbeziehen und transnationale Wissenschaftsdiskurse und Epistemologien nicht nur erwähnen und anstreben, sondern systematisch und kritisch analysieren.

Michael G. Esch über Thränhardt, Dietrich; Bommes, Michael (Hrsg.): *National Paradigms of Migration Research*. Göttingen 2010, in: H-Soz-Kult 21.03.2014.